

Revolution kam, einleuchtend. Nicht die Ersetzung der ausgebildeten und erfahrenen durch unausgebildete und unerfahrene Arbeiter habe die Revolution ausgelöst, sondern der Verlust der Legitimität seitens der Eliten sowie die Radikalisierung der SPD-Führung, die nun bereit war, ihre Mitglieder in eine Revolution zu führen. Mit dem Krieg und der Verschlechterung der sozialen Lage verlor die Macht der Gewohnheit an Bedeutung und ermöglichte es, über die Möglichkeit eines gesellschaftlichen Umsturzes nachzudenken. *Dobsons* Buch ist weit mehr als nur die Untersuchung der Geschehnisse in einer deutschen Großstadt über das Jahrzehnt von 1910 bis 1920. Es geht dem Autor vielmehr um eine Diskussion darüber, was eine Revolution ist und wie sie ausgelöst wird. Ob Leipzig dafür das geeignete Beispiel ist, ist angesichts der auch von *Dobson* der Leipziger Sozialdemokratie attestierten ungewöhnlichen Friedfertigkeit (S. 251) fraglich. In Leipzig endete die Revolution am frühen Nachmittag des 9. Novembers, weil es anfangs zu regnen. Aber wie gewalttätig muß eine Revolution sein, um den Namen einer Revolution zu verdienen?

Thomas Adam

Waldemar Grosch: Deutsche und polnische Propaganda während der Volksabstimmung in Oberschlesien 1919–1921 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Reihe B; 72), Dortmund 2002, XI, 485 S., Reg., zahlr. Abb.

Die Geschichte Oberschlesiens in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg ist durch eine sehr unterschiedliche Be-

handlung in der deutschen und polnischen Historiographie gekennzeichnet. Das betrifft sowohl die Intensität der Forschungen wie auch die Interpretation der Ereignisse. Während die polnischen Aufstände in dieser Region in den Jahren 1919, 1920 und 1921 sowie das Plebiszit des Jahres 1921, in dem die Einwohner über die künftige Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland oder zu Polen abstimmen mußten, zu den Themen aus der neueren Geschichte Oberschlesiens gehören, die von der polnischen Historiographie am intensivsten bearbeitet worden sind, lagen dazu auf deutscher Seite bisher nur wenige wissenschaftliche Veröffentlichungen vor. Die intensiven polnischen Forschungen hatten darin ihren Grund, daß die oberschlesischen Aufstände in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zum zentralen Symbol des polnischen Charakters Oberschlesiens wurden und damit den Erwerb der Gesamtregion nach dem Zweiten Weltkrieg als Teil der sogenannten „wiedergewonnenen Gebiete“, der neuen polnischen West- und Nordgebiete, zu legitimieren hatten. Sie galten als Beweis der polnischen nationalen Identität eines großen Teils der Bewohner Oberschlesiens. Außerdem ordnete die polnische Historiographie die Ereignisse in Oberschlesien – dies macht schon der Begriff „schlesische Aufstände“ deutlich – in die Kontinuität der polnischen nationalen Aufstände des 19. Jhs ein und betrachtete sie somit als legitimen Teil des Freiheitskampfes der polnischen Nation. Die deutsche Historiographie sah sie dagegen vorwiegend als polnischen Versuch, gegenüber der völkerrechtsgemäßen Lösung des Territorialkonflikts nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags durch ein Ple-

bis zur vollendeten Tatsache zu schaffen. Die Teilung der Region nach der Volksabstimmung, bei der Polen einen großen Teil des wertvollen oberschlesischen Industriegebiets erhielt, galt ihr angesichts des Ergebnisses von knapp 60 Prozent der Stimmen für Deutschland als Resultat eines polnischen „Imperialismus“ und des französischen Interesses daran, Deutschland zu schwächen, und damit als ungerecht.

In diesem kontroversen Feld ist nun *Waldemar Grosch's* Arbeit über die deutsche und polnische Propaganda im Vorfeld der Volksabstimmung angesiedelt. In die Werbung für die Abstimmung wurden von beiden Seiten enorme Mittel investiert. Es entstand wohl die intensivste politische Werbekampagne, die es bis dahin gegeben hatte. Die hohe politische Mobilisierung, die mit dem Plebiszit einherging, macht auch die Beteiligung von 97 Prozent der Abstimmungsberechtigten deutlich. Die Propaganda konnte aber nur dadurch eine solche Bedeutung gewinnen, daß für einen großen Teil der oberschlesischen Bevölkerung die nationale Selbstzuordnung flexibel war und es einen hohen Anteil von Zweisprachigen gab, die sich weder eindeutig der einen noch der anderen Nation zurechneten. Darauf gründeten auch die in dieser Region in den ersten Jahren nach dem Krieg relativ starken Bestrebungen, eine Autonomie oder gar staatliche Verselbständigung Oberschlesiens zu erreichen. Mit der Entscheidung, ein Plebiszit abzuhalten, das nur die Alternativen Deutschland oder Polen vorsah, verloren sie allerdings ihre Existenzgrundlage.

Im einleitenden Abschnitt seiner Arbeit gibt *Grosch* einen Überblick über die politischen Entwicklungen in

Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg und die internationalen Verhandlungen über die künftige Zugehörigkeit der Region. Anschließend untersucht er vergleichend die deutschen und polnischen Einrichtungen, die sich mit der Abstimmungspropaganda beschäftigten, und geht dann auf die deutsche und polnische Presse und ihre Rolle in der Plebiszitausinandersetzung ein. In den Mittelpunkt seiner eigenen Quellenauswertung stellt der Verfasser allerdings nicht die Zeitungen und Zeitschriften, die er vorwiegend strukturell vergleichend auf der Grundlage der vorhandenen Forschungsliteratur behandelt, sondern selbständig publizierte Propagandamedien, d. h. Broschüren, Flugblätter, Plakate und Vignetten. *Grosch* analysiert ihre Inhalte und ordnet sie elf großen Themengruppen zu, die er wiederum vielfach untergliedert. Er stellt die Argumente der Schriften und die in den Bildern und graphischen Darstellungen enthaltenen Aussagen vor und zeigt ihren „Dialog“ miteinander. So vermag er im Spiegel der Propaganda die verschiedenen Felder zu entfalten, auf denen sich der deutsch-polnische Konflikt um die Zugehörigkeit Oberschlesiens abspielte, und die zahlreichen Faktoren zu zeigen, die für die oberschlesische Bevölkerung bei ihrer Entscheidung für Polen Bedeutung besaßen.

An die Inhaltsanalyse schließt eine statistische Auswertung der in den Materialien genannten Themen an, die in einem Anhang detailliert dokumentiert ist. *Grosch* kann sowohl an der Inhaltsanalyse als auch an der statistischen Auswertung der Materialien zeigen, daß die Frage, in welchem Land man letztlich besser und sicherer leben konnte, in der Propaganda bei

weiten im Vordergrund stand. Darauf gründet er die These, daß nationale Identifikationen im eigentlichen Sinne für die Entscheidung im Plebiszit nicht die vorrangige Rolle gespielt hätten. Ein solches Ergebnis dekonstruiert damit gewissermaßen zeitgenössische und spätere Stilisierungen der Konflikte in Oberschlesien als „Volkstumskampf“. Es bestätigt darüber hinaus die in der Nationalismusforschung geläufige These, daß nationale Diskurse meist auch immer über soziale Interessen sprechen und sie nur damit eine größere Zahl von Menschen zu mobilisieren vermögen. Im Fall der oberschlesischen Propaganda war es in den Augen derer, die sie entwarfen, offenbar am erfolgversprechendsten, an den Wunsch nach Sicherheit und Wohlstand anzuknüpfen.

Groschs genaue Analyse der deutschen und polnischen Propaganda, die den Kern der Arbeit ausmacht, ist gleichgewichtig und in der Bewertung ausgewogen. Hier zeigt sich die Fruchtbarkeit eines vergleichenden und beziehungsgeschichtlich orientierten Ansatzes für die Überwindung konträrer Auffassungen von Historiographien, die von nationalen Sichtweisen geprägt sind. Dagegen bleibt die den Rahmen für die eigenliche Untersuchung abgebende Darstellung der Ereignisse in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg, bei der der Verfasser sich auf die Sekundärliteratur stützt, noch in stärkerer Weise älteren deutschen Sichtweisen verhaftet, so beispielsweise in der Beurteilung der Einführung der polnischen Unterrichtssprache an oberschlesischen Schulen durch den Oppelner Schulrat Bernhard Bogedain in der Mitte des 19. Jhs als „schädlich“ für die Schüler und den Staat (S. 264). Nicht haltbar

ist auch seine in der Einleitung formulierte These, daß die bundesdeutsche Historiographie nach dem Zweiten Weltkrieg polnische Sichtweisen „kritiklos“ übernommen habe (S. 3). Tatsächlich waren die wenigen deutschen Publikationen, die es zu Oberschlesien in den Jahren 1919–1921 überhaupt gab, zu einem großen Teil dadurch gekennzeichnet, daß sie die polnischen Forschungen nicht oder nur wenig rezipierten und sehr stark aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg übernommene Bewertungen übernahmen.¹

Insgesamt stellt diese flüssig geschriebene Arbeit jedoch einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der komplexen Verhältnisse in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg und der unterschiedlichen, sich überlagernden Identifikationen und Interessen der Bevölkerung dar, die die Entscheidung der einzelnen bei der Abstimmung beeinflussten. Sie zeigt damit die Flüssigkeit nationaler Selbstzuordnungen, die zu jener Zeit in Oberschlesien bestand, und leistet so auch einen interessanten Beitrag zu den Forschungen zur modernen Nationsbildung in Grenzregionen.

Kai Struve

- 1 Eine positive Ausnahme bildet allerdings G. Doose: Die separatistische Bewegung in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg (1918–1922), Wiesbaden 1987. Zur Historiographie der Zeit der Aufstände und des Plebiszits demnächst auch K. Struve: Geschichte und Gedächtnis in Oberschlesien. Die polnischen Aufstände nach dem Ersten Weltkrieg, in: ders. (Hrsg.): Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg. Studien zum nationalen Konflikt und seiner Erinnerung, Marburg 2003 (im Erscheinen).